

Olympischer Spiele (die 2008 in Beijing stattfinden werden);

- Austausch im medizinischen und pharmazeutischen Bereich;
- Förderung des Tourismus;
- Förderung direkter Kontakte zwischen Regionen, insbesondere durch Austausch auf den Gebieten der Bildung, Kultur, Gesundheit und des Sports.

Schließlich verständigte man sich über gemeinsame Grundpositionen im Bereich internationaler Politik. So vergewisserten sich beide Seiten über die wichtige Rolle der Vereinten Nationen, insbesondere ihrer großen Verantwortung im Rahmen des Ständigen Ausschusses des UN-Sicherheitsrats, dem ein besonderes Gewicht bei der Sicherung des Weltfriedens zufalle. Der 1972 abgeschlossene ABM-Vertrag wurde wie bisher als „Eckstein“ des internationalen Sicherheitsgefüges bewertet, jedoch wurde im Schlusskommuniqué darauf verzichtet, die NMD-Pläne der USA explizit als Gefährdung des Vertragsgefüges zu benennen. Besorgnis brachten die Vertreter beider Staaten über die Situation im Mittleren Osten, im Irak und in Afghanistan, aber auch auf der koreanischen Halbinsel zum Ausdruck. Schließlich wurde die Dringlichkeit einer gemeinsamen Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ wiederholt, die Russland und China im Rahmen der „Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit“ (vgl. C.a., 2001/6, Ü 1) vorantreiben wollen.

Ein erstes Arbeitstreffen dieser im Juni 2001 aus der Taufe gehobenen Organisation fand am 13. und 14. September in Kasachstan statt. Anders als der Besuch Zhu Rongjis in Russland stand sein Besuch in Kasachstan vollständig im Zeichen der Ereignisse des 11. September (vgl. den Beitrag „Chinas Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September“ in diesem Heft). (Xinhua, 5., 7., 11.9.01, nach BBC PF, 5., 7., 11.9.01; XNA, 5., 10., 12., 13.9.01; RIA news agency, 7.9.01, nach BBC PF, 7.9.01; ITAR-TASS news agency, 8., 11.9.01, nach BBC PF, 8., 11.9.01; FT, 10.9.01; *Ta Kung Pao*, 14.9.01, nach FBIS, 14.9.01) -hol-

---

## Innenpolitik

---

### 5 6. Plenartagung des XV. ZK der KPCh

Vom 24. bis 26. September fand in Beijing die sechste Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh statt. Ein ausführlicher Beitrag zur Analyse der Agenda dieser Tagung, der voraussichtlich letzten Vollversammlung des Zentralkomitees vor dem für den Herbst 2002 anberaumten XVI. Parteitag, befindet sich im hinteren Teil dieses Heftes. -hol-

### 6 Neuer Plan zur Armutsbekämpfung 2001-2010

Nachdem ein im Jahr 1994 aufgelegtes siebenjähriges Programm zur Armutsbekämpfung im vergangenen Jahr ausgelaufen ist, hat der Staatsrat einen neuen Plan zur Armutsbekämpfung in den kommenden zehn Jahren aufgelegt. Unter dem Titel „Armutsbekämpfung für Chinas Dörfer 2001-2010“ wurden die Kriterien für die Allokation entsprechender staatlicher Finanzmittel neu formuliert und neue Schwerpunkte der Armutsbekämpfung gesetzt.

Unter dem bisherigen „8-7“-Programm – Hilfe für 80 Millionen Arme über sieben Jahre – waren 592 Kreise, in denen das durchschnittliche Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze lag und die damit automatisch als „arme und Not leidende Kreise“ kategorisiert worden waren, in den Genuss staatlicher Subventionen gekommen. Nach den neuen Plänen sollen, so weit bekannt ist, in Zukunft die Kriterien für die Mittelvergabe erweitert werden, indem etwa Faktoren wie die Ausstattung der lokalen Infrastruktur oder die kommunale Haushaltssituation berücksichtigt werden. Auch behält sich der Staatsrat zukünftig vor eine Auswahl unter den Kreisen zu treffen, die von den verschiedenen Provinzen für staatliche Hilfeleistungen vorgeschlagen werden. Der automatischen Mittelzuteilung soll damit ein Ende gesetzt werden.

Für das laufende Jahr wurden nach inoffiziellen Angaben 24,5 Mrd. RMBY für die Armutsbekämpfung reserviert. Die neuen Pläne sehen angeblich vor, 30% der zur Verfügung stehenden Gelder für Dörfer freizuhalten, die nicht auf der Vorschlagsliste stehen.

Den Angaben zu Folge soll die Betonung in Zukunft weniger auf einer einkommensbezogenen Armutsbekämpfung als auf einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung armer Regionen liegen. Dies geht auch aus einer Rede hervor, die Jiang Zemin anlässlich einer zentralen Arbeitskonferenz zu dem Thema im Mai dieses Jahres verlesen hatte. Darin forderte er, Finanztransfers in die bedürftigen Gebiete mit Maßnahmen in den Bereichen des Infrastrukturausbaus, der Technologieförderung, der Schulbildung und der Verbreitung staatsbürgerlicher Grundkenntnisse zu verbinden. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollten die betroffenen Menschen angeleitet werden, sich selbst dauerhaft aus der Armut zu befreien; auch sei einem Rückfall in die Armut vorzubeugen. Rat solle man dabei nicht nur aus erfolgreichen, sondern auch aus gescheiterten Projekten der internationalen Entwicklungshilfe beziehen, da vor allem auch aus negativen Erfahrungen Lehren gezogen werden könnten. Lokale Anstrengungen müssten durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik der Zentralregierung ergänzt werden. Insbesondere seien die Nachfragestrukturen auf den Arbeits- und Gütermärkten im ganzen Land zu berücksichtigen, um abschätzen zu können, wie viel ländliche Arbeitskraft vom Agrarsektor in den Industrie- bzw. Dienstleistungssektor gelenkt werden könne.

Experten kritisierten die dem neuen Programm zugrunde liegende Definition von „bedürftigen Personen“, auf deren Grundlage die Zahl der Armen auf die unrealistische Größenordnung von nur noch 30 Millionen gesenkt werde. Problematisch sei die Definition vor allem, weil sie ihr Augenmerk auf abgelegene ländliche Gebiete, vor allem in der Autonomen Region Tibet und anderen Grenzregionen, richte, die Armut bedürftiger Bevölkerungsschichten in anderen Landesteilen dagegen außer Acht lasse.

Offenbar ist die Regierung bestrebt, die Armutsbekämpfung möglichst vollständig in den Kontext der im März 2001 verabschiedeten Strategie zur Entwicklung Westchinas zu stellen. Dies wird auch in der genannten Rede Jiang Zemin's deutlich, in der er gefordert hatte, insbesondere die Planung großer Infrastrukturprojekte im Rahmen dieser Strategie an den Zielen der Armutsbekämpfung in den ärmsten Regionen Westchinas auszurichten. Wie der „Aufbau West“ soll auch die Armutsbekämpfung künftig nicht nur sozioökonomische, sondern auch politische Ziele verfolgen, nämlich die Förderung der Einheit unter den verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes sowie die Ordnung und die soziale Stabilität in den Grenzregionen Chinas.

Einen Seitenhieb unternahm Jiang Zemin schließlich an die Adresse der internationalen Öffentlichkeit, die die VR China immer wieder eklatanter Menschenrechtsverletzungen bezichtigt. Die Erfolge, die China in den vergangenen zwanzig Jahren bei der Armutsbekämpfung erzielt habe, stellten, so Jiang, eine Gewährleistung der grundlegendsten Menschenrechte, nämlich des „Rechts auf Überleben“ und des „Rechts auf Entwicklung“, dar und widerlegten damit die Vorwürfe westlicher Anti-China-Kräfte. (Xinhua, 17.9.01, nach BBC PF, 17.9.01; SCMP, 20.9.01) -hol-

## 7 Strafprozesse gegen prodemokratische Kräfte wegen „Subversion“

Im September wurde ein Gewerkschaftsaktivist wegen „Anstiftung zur Subversion der Staatsmacht“ zu zehn Jahren Haft verurteilt. Vier weitere Personen wurden wegen „Subversion der Staatsmacht“ in Beijing unter Anklage gestellt.

Wie zwei Menschenrechtsorganisationen berichteten, verhängte ein Gericht in der Provinz Hunan erneut eine langjährige Freiheitsstrafe gegen Li Wangyang, nachdem dieser bereits im Jahr 1989 zu elf Jahren Haft verurteilt worden war. Li war bis 1989 Vorsitzender einer autonomen Arbeitervereinigung in Shaoyang (Provinz Hunan) gewesen, von wo aus er im Rahmen der landesweiten Demokratiebe-

wegung im Frühjahr 1989 Arbeiterproteste organisiert hatte. Nach Entlassung aus der Haft im Juni 2000 soll er zuletzt in Hungerstreik getreten sein, um gegen die Verweigerung einer Entschädigung für die haftbedingte Verschlechterung seiner gesundheitlichen Situation zu protestieren. Daraufhin verurteilte ihn ein Shaoyanger Gericht nun zu zehn Jahren Haft wegen „Anstiftung zur Subversion der Staatsmacht“.

Nach Angaben des Hongkonger Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratie soll das Gericht angeblich aus Zorn über einen Selbstmordanschlag eines Hunaner Bauern, der kurz zuvor das Leben dreier Justizbeamter in Shaoyang gefordert haben soll, das unter dieser Anklage gesetzlich festgeschriebene Strafmaß von fünf Jahren Haft Li Wangyangs willkürlich verdoppelt haben.

Übereinstimmend berichteten das Hongkonger Informationszentrum und die Organisation „Human Rights in China“ auch, dass am 26. September in Beijing ein Strafprozess gegen vier Intellektuelle begonnen hat. Der Journalist Xu Wei, der Computerfachmann Yang Zili, der Geologe Jin Haike und der Schriftsteller Zhang Honghai werden der „Subversion der Staatsmacht“ beschuldigt, ein Straftatsbestand, der nach chinesischem Strafrecht mit einer Mindeststrafe von zehn Jahren Haft geahndet wird. Die vier Männer sind angeklagt, eine Organisation mit dem Namen „Studiengesellschaft Neue Jugend“ ins Leben gerufen zu haben und mit der „Erforschung sozialreformerischer Ansätze“ organisatorisch aktiv geworden zu sein. In im Internet veröffentlichten Artikeln sollen sie Ideen verbreitet haben, wonach „die gegenwärtig in China praktizierte Demokratie eine Farce“ sei. Auch sollen sie dazu aufgerufen haben, „der Politik der Alten ein Ende zu setzen und ein junges China aufzubauen“.

Die offizielle Geschichtsschreibung Chinas blickt stolz auf das Erscheinen einer Zeitschrift mit dem Titel „Neue Jugend“ im Jahr 1915 zurück. Die von Chen Duxiu, einem der späteren Stammväter der Kommunistischen Partei Chinas, in Shanghai gegründete Zeitschrift gilt als „erstes revolutionäres Organ des inländischen revolu-

tionären Kampfes“ (*Cihai*, Ausgabe 1999). Die Zeitschrift prägte mit ihren Pamphleten für ein „junges China“ die geistige Debatte während der Vierten-Mai-Bewegung und wurde im Zuge der formalen Etablierung der KPCh im Jahr 1921 in Shanghai zu deren Parteiorgan. Die zitierten Passagen aus der Anklageschrift gegen die vier genannten Männer legen nahe, dass die historische Parallele durchaus bewusst gezogen wurde oder zumindest von dem Gericht wahrgenommen werden dürfte. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 20., 21.9.01, nach BBC PF, 20., 21.9.01; NZZ, 22.9.01) -hol-

## 8 Weitere Todesfälle unter Falungong-Anhängern

Im Laufe des Monats September häuften sich Meldungen über Todesfälle unter Anhängern der Falungong-Bewegung in China, von denen sich die meisten in Haft bzw. polizeilichem Gewahrsam befanden.

So berichteten verschiedene Hongkonger und internationale Pressemeldungen von mindestens 16 Personen, in der Mehrzahl Frauen, die an den Folgen physischer Misshandlung oder unter psychischem Druck der gegen sie ergriffenen Repressionen zu Tode gekommen sein sollen. Die Todesfälle sollen sich überwiegend im August und September ereignet haben, in der Zahl enthalten sind aber auch einzelne Fälle, die auf den April, Mai und Juli dieses Jahres zurückreichen, aber erst jetzt bekannt wurden. Die Fälle verteilen sich über das gesamte Land, genannt wurden die Provinzen Heilongjiang, Jilin, Liaoning, Shandong, Gansu, Xinjiang, Sichuan und Fujian.

Nach Angaben der Falungong-Organisation in New York ist die Zahl der Todesopfer unter Falungong-Anhängern damit auf 283 (Stand 23. September) angestiegen. Von Seiten des Hongkonger Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratie in China konnten mindestens 156 Todesfälle bestätigt werden, indem entsprechende, meist anonyme Aussagen von lokalen chinesischen Sicherheitskräften eingeholt wurden.

Die Presseberichte geben Hinweise darauf, dass ein Teil der betroffenen Personen angesichts verschärfter Repres-

sionen, sei es in Lagerhaft, polizeilichem Gewahrsam oder im Gefolge intensiver Umerziehungskampagnen in ihrem eigenen Zuhause den Freitod gesucht haben, wobei der Übergang zwischen von außen erzwungenem und freiwillig gewähltem Tod in einem Klima anhaltender Repression freilich fließend sein kann. Die Darstellungen lassen keinen Schluss darüber zu, inwieweit die Personen unter dem Eindruck jüngerer Schriften Li Hongzhis gehandelt haben könnten. Einige dieser über das Internet verbreiteten Schriften scheinen Falungong-Anhängern allerdings nahezulegen, die gegen sie ergriffenen Repressions- und Umerziehungsmaßnahmen als eine „Prüfung“ („*kaoyan*“, „test“), ihrer Standhaftigkeit im Glauben an die Lehre Li Hongzhis zu betrachten, der sie sich in furchtloser Erlösungsgewissheit stellen sollten ([www.minghui.ca](http://www.minghui.ca); [www.clearwisdom.net](http://www.clearwisdom.net)).

Während in Festlandchina die Proteste von Falungong-Anhängern aufgrund der staatlichen Maßnahmen offenbar abgeebbt sind, werden sie andernorts fortgesetzt. Anfang des Monats wurden aus Macau Proteste von kleineren Gruppen von Falungong-Anhängern gemeldet. Unter ihnen soll eine dreiköpfige Gruppe in einem Park im Stadtzentrum in einen dreitägigen Hungerstreik getreten sein.

Auf Taiwan haben sich Mitte September zwanzig Falungong-Mitglieder auf einen zweiwöchigen Protestmarsch um die Insel begeben, um auf die Verfolgung ihrer Glaubensgenossen auf dem Festland aufmerksam zu machen. Mehrere hundert Personen, darunter auch einige politische und akademische Vertreter, haben ihre Sympathie mit den Protestierenden bekundet. Insgesamt sollen sich auf Taiwan rund 100.000 Personen der Falungong-Bewegung angeschlossen haben. (AWSJ, 31.8.01; Radio Television Hong Kong Radio 3, 2.9.01, nach BBC PF, 3.9.01; XNA, 6.9.01; Hong Kong AFP, 1., 11., 19.9.01, nach FBIS, 1., 11., 19.9.01; Taipei Central News Agency, 11.9.01, nach FBIS, 11.9.01; NZZ, 24.9.01) -hol-

## 9 Langjährige Haftstrafen gegen Mitglieder zweier Qigong-Gruppen

In den vergangenen Wochen wurden mehrere teilweise längjährige Haftstrafen gegen Mitglieder zweier Qigong-Bewegungen namens *Zhonggong* (Kurzform für „Chinesische Praxis zur Gesundheits- und Geistesstärkung“) und *Renti Kexue* („Wissenschaft vom menschlichen Körper“) verhängt.

Ende August wurde Zhou Xinyang, ein leitendes Mitglied der Zhonggong-Bewegung, in der Provinz Hunan zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er war von einem Gericht in der Provinzhauptstadt Changsha für schuldig befunden worden, die Zahlung großer Steuerbeträge verweigert zu haben. Der 46-Jährige soll als Manager einer Filiale der Zhonggong-Firmengruppe bereits im Herbst 1999 verhaftet worden sein, als im Zusammenhang der staatlichen Maßnahmen gegen die Falungong-Bewegung auch andere Qigong-Gruppen unter Druck gerieten; unter anderem wurden landesweit 3.000 Einrichtungen der Zhonggong-Gruppe geschlossen (vgl. C.a., 1999/10 Ü 7, 1999/11, Ü 8; 2000/1, Ü 11; 2000/3, Ü 19, 2000/8, Ü 9). Zhou war damals wegen „Subversion der Staatsmacht“ angeklagt worden. Offenbar zur Vermeidung einer Interpretation des Falles im Sinne politischer Verfolgung wurde die Anklage aber zuletzt in den politisch „neutralen“ Vorwurf der Steuerverweigerung umgewandelt.

Zu jeweils zweieinhalb Jahren Haft wurde ein Paar aus der Provinz Henan verurteilt, das ebenfalls bereits im Herbst 1999 wegen Zugehörigkeit zur Zhonggong-Gruppe verhaftet worden war. Der 46-jährige Ju De und die 36-jährige Ye Yaonian hatten einen offenen Brief an andere Zhonggong-Mitglieder in Henan verfasst, in dem sie die Schließung von 3.000 ordnungsgemäß registrierten Zhonggong-Einrichtungen durch die KPCh als rechtswidrigen Akt bezeichnet und zum Schutz des Eigentums der Zhonggong-Gruppe aufgerufen hatten.

Insgesamt sollen seit 1999 landesweit rund 600 Mitglieder der Zhonggong-Gruppe verhaftet worden sein. Die Bewegung war im Jahr 1987 von Zhang Hongbao begründet worden. Bereits

im Jahr 1990 soll sie laut offiziellen Angaben eine Anhängerschaft von 38 Millionen Menschen verzeichnet haben. Zhang Hongbao, der in die USA geflohen ist, hat dort im Juni dieses Jahres politisches Asyl erhalten. Seit Juli dieses Jahres sind in China angeblich alle Zhonggong-Anhänger landesweit behördlich aufgefordert, sich freiwillig bei der Polizei zu melden.

Mitte September ist außerdem der Gründer und „Meister“ einer weiteren Qigong-Schule in der Provinz Jiangsu zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Der 44-jährige Shen Gang hatte im Jahr 1990 die Schule der so genannten „Wissenschaft vom menschlichen Körper“ (*Renti Kexue*) ins Leben gerufen, die ebenfalls körperliche und geistige Gesunderhaltung mittels traditioneller chinesischer Atem- und Meditationstechniken versprach. Shen soll mindestens 5 Millionen Anhänger, vor allem in den Provinzen Jiangsu und Zhejiang, gewonnen haben. Er soll im Juli 2000 verhaftet und beschuldigt worden sein, antiwissenschaftliche Ideen verbreitet zu haben.

Ähnlich wie Führer der Falungong-Bewegung soll auch er Proteste vor Zeitungsverlagen organisiert haben, die Kritik an „Renti Kexue“ geübt hatten. Das zuständige Gericht in Suzhou soll Shen Gang zunächst wegen Organisation eines „Kultes“ angeklagt haben, zuletzt die Anklage aber wie im oben genannten Fall des Zhonggong-Mitglieds Zhou Xinyang in einen Vorwurf der Wirtschaftskriminalität verwandelt haben. So wurde Shen nun für schuldig befunden, mit dem Verkauf von 300.000 Video- und Audiocassetten im Jahr 1995 „illegale Geschäfte“ betrieben sowie zwischen 1991 und 1993 insgesamt 900.000 RMBY an Steuern hinterzogen zu haben.

Alle genannten Fälle sind im Zusammenhang mit dem verschärften staatlichen Vorgehen gegen die Falungong-Bewegung zu sehen. Das Motiv der staatlichen Seite kann einheitlich darin vermutet werden, das Potenzial sämtlicher Qigong-Schulen zur Organisation gesellschaftlicher Kräfte nach dem Vorbild von Falungong zu schwächen. Dabei fällt allerdings auf, dass die Justizbehörden offenbar unter dem Druck internationaler Menschenrechtsvorwürfe davor zurückscheuen, den seit Oktober 1999 gesetzlich er-

härteten Straftatsbestand der Organisation von „Kulten“ allzu inflationär einzusetzen, um gegen Mitglieder anderer Qigong-Gruppen vorzugehen. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 10., 18., 19.9.01, nach BBC PF, 10., 18., 19.9.01; Hong Kong AFP, 18., 19.1.01, nach FBIS, 18., 19.9.01) -hol-

## 10 Neuer Korruptionsskandal in der Provinz Guangdong

In der Provinz Guangdong ist ein Korruptionsskandal großen Ausmaßes bekannt geworden. In den Fall sollen mindestens 32 staatliche Funktionäre verwickelt gewesen sein, die Bestechungsgelder in Höhe von knapp 15 Mio. RMBY angenommen haben sollen. Einzelheiten wurden Mitte September durch lokale Medien bekannt gemacht.

Nach offiziellen Angaben waren drei Funktionäre im Rang stellvertretender Leiter von Provinzministerien sowie 29 Funktionäre auf darunter liegenden Verwaltungsebenen in den Fall involviert, der damit einen Rekord in der Geschichte der Provinz darstellt. Bei den drei höchstrangigen Personen handelte es sich um Zhang Sanjie, früherer stellvertretender Leiter der Provinzbaukommission, Li Xianglei, stellvertretender Direktor der Provinzbehörde für Verkehr und Transport, sowie Wen Faming, technischer Leiter in derselben Behörde. Nach bisherigen Ermittlungen sollen die drei Funktionäre jeweils 140.000 RMBY, 620.000 RMBY bzw. 660.000 RMBY an Bestechungsgeldern angenommen haben.

In den Skandal sollen ferner sieben große Bauunternehmen sowie zahlreiche Subunternehmer verwickelt sein, darunter über dreißig Straßenbauunternehmen. Innerhalb des Korruptionsnetzwerks flossen in den vergangenen Jahren nach Ermittlungen weitere knapp 13 Mio. RMBY.

Die Aufklärung des jüngsten Bestechungsskandals, in dem angeblich einhundert Fahnder drei Monate lang ermittelt haben, könnte das Ergebnis einer Antikorruptionskampagne sein, bei der das Augenmerk seit März dieses Jahres erneut auf die Provinz Guangdong gelegt worden ist (vgl. C.a., 2001/3, Ü 16). Bereits im Jahr 1999 war in Zhanjiang im äußersten

Südwesten der Provinz ein schwerer Schmuggelskandal aufgedeckt worden (vgl. C.a., 1999/4, Ü 6). (Zhongguo Xinwen She, 14.9.01, nach FBIS, 14.9.01) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 11 Funkenplan im zehnten Fünfjahrplan

Das Ministerium für Wissenschaft und Technik hat Ende September ein Programm für die Entwicklung des „Funkenplans“ im Zeitraum des zehnten Fünfjahrplans herausgegeben. In dem Programm sind die Leitgedanken sowie die wichtigsten Aufgaben des „Funkenplans“ festgehalten, damit die Landwirtschaft noch besser den neuen Bedingungen und neuen Bedürfnissen angepasst werden kann. Der „Funkenplan“ (*xinghuo jihua*) wurde 1985 erlassen mit dem Ziel, Chinas Landwirtschaft durch neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und Anwendungen zu modernisieren. Mit dem neuen Jahrhundert, so heißt es, seien Chinas Landwirtschaft und ländliche Industrie in eine neue Phase eingetreten. Dem Programm zufolge geht es nunmehr vor allem darum, der Landwirtschaft bei der Entwicklung der Volkswirtschaft den ersten Platz zukommen zu lassen. Auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Ertragssteigerung soll eine nachhaltige, stabile Entwicklung gewährleistet sein und sollen die bäuerlichen Einkommen gesteigert werden. Insbesondere weist das Programm darauf hin, dass unter dem Aspekt des WTO-Beitritts Chinas die Strukturen der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie anzupassen seien, und dazu sei es dringend erforderlich, die wissenschaftlich-technische Innovationskraft auf dem Lande zu stärken. Zu diesem Zweck müsse ein besseres Umfeld für die schnelle produktive Umwandlung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse geschaffen werden; vor allem in Chinas Westgebieten sei dies vonnöten. Vorrangig sei die Anhebung des Ausbildungsniveaus der ländlichen Arbeitskräfte und des Lebensstandards der

ländlichen Bevölkerung. Dazu sei die schnelle Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse dringend nötig.

Alle diese Aufgaben setzten eine Reform des Verwaltungssystems des Funkenplans voraus, und zwar in der Form, dass die örtlichen Regierungen und die Gesellschaft zusammenarbeiten, d.h. die jeweilige Regierung die Führung übernimmt und die Gesellschaft sich aktiv beteiligt. Als konkrete Ziele führt das Programm auf:

1. durch Unterstützung führender Funkenbetriebe die wissenschaftlich-technische Innovationskraft auf dem Lande anheben;
2. durch Verbreitung fortgeschrittener anwendungsorientierter Techniken die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft sowie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge und bäuerlichen Einkommen fördern;
3. durch den Aufbau eines agrarwissenschaftlichen und agrartechnischen Umfeldes neue Formen für das Innovationssystem in der Landwirtschaft schaffen;
4. durch technische Ausbildung und Demonstrationen das technische und kulturelle Niveau sowie den Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung erhöhen.

Um diese Aufgaben verwirklichen zu können, soll schwerpunktmäßig ein Informationsnetz für Agrowissenschaft und -technik aufgebaut werden. (Vgl. RMRB, 29.9.01, S.4) -st-

### 12 Hochschulaufnahmeprüfungen

Ab dem nächsten Jahr werden in allen Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten Chinas die Hochschulaufnahmeprüfungen einheitlich nach dem neuen Schema „3+X“ abgehalten. Das Kürzel steht für Prüfungen in den drei Pflichtfächern (Chinesisch, eine Fremdsprache, Mathematik) plus ein bis zwei Wahlfächern. Zweck der neuen Prüfungsordnung ist die Entlastung der Prüflinge (zuvor wurden die Prüfungen in fünf Pflichtfächern abgehalten) sowie die Förderung spezieller Begabungen. Die reformierte Prüfungsordnung wurde zuerst 1999